

Wortlaut der Petition/Was möchten Sie mit Ihrer Petition konkret erreichen?

Über welche Entscheidung/welche Maßnahme/welchen Sachverhalt wollen Sie sich beschweren? (Kurze Umschreibung des Gegenstands Ihrer Petition)

Der Deutsche Bundestag möge beschließen über das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) ein Modellprojekt "Ökologische Sanierung Berliner Landwehrkanal" zu finanzieren. Der Landwehrkanal ist eine Bundeswasserstraße.

Bitte begründen Sie Ihre Petition!

Die Bundesbehörde Wasserschiffahrtsamt Berlin (WSA) hat sich jahrzehntelang nicht um die notwendige Wartung und Sanierung des Landwehrkanals gekümmert. Nun muß das Bauwerk mit seinen maroden Ufermauern dringend saniert werden. Dies soll auf eine nachhaltige, ökologische und innovative Weise geschehen. Seit Herbst 2008 wird am LWK gebaut, ohne dass eine integrierte Gesamtplanung für die Sanierung vorliegt wie sie u.a. die Bürgerinitiative "Bäume am Landwehrkanal" seit langer Zeit fordert. Der ca. 11 km lange Landwehrkanal, der durch fünf Berliner Bezirke fließt, hat 1.457.724 Anwohnerinnen und Anwohner (Quelle: Newsletter Nr. 01/2009, WSA Berlin). Für diese Wählerinnen und Wähler stellt der Kanal mit seinen Grünzügen ein sehr wichtiges Naherholungsgebiet dar. Gemeinsam mit der Bürgerinitiative "Bäume am Landwehrkanal" möchten sie, dass diese "grüne Lunge" im Herzen der Hauptstadt, erhalten bleibt. Es wird ein "Landwehrkanal für alle" gefordert. Der Kanal mit seinen Grünzügen ist als Kaltluftschneise sehr wichtig für das Stadtklima. Das Modellprojekt könnte international Vorbildcharakter für die Attraktivität einer nachhaltigen ökologischen Gestaltung von innerstädtischen Kanälen und Flüssen haben. In Zeiten der Klimakatastrophe und der Wirtschaftskrise könnte man mit einem solchen Modellprojekt der nachhaltigen Stadtentwicklung dringend benötigte zukunftsweisende, innovative Arbeitsplätze schaffen.

Das Modellprojekt soll unter Einsatz neuester technischer Methoden u.a. umfassen:

1. Eine integrierte Gesamtplanung der Sanierung
2. Erhalt der Bäume, der Ufervegetation und der Biodiversität.
3. Die dauerhafte Reinigung des Wassers, so dass das alljährliche Fischsterben im Kanal ein Ende findet. Noch in den 50er Jahren konnte man im LWK baden. Es soll nun wieder Badewasserqualität erreicht werden. Das Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung hat die Zunahme extremer Hitzeperioden für Berlin angekündigt. In anderen Städten wurden Gewässer bereits gereinigt, so dass das Baden möglich ist. Z.B. die Isar in München und die Elbe in Hamburg.
4. Ein neues, ökologisches Verkehrskonzept für den LWK.

Der Fahrgastschiffverkehr hat in den letzten Jahren enorm zugenommen. Die Ufermauern des LWK's sind der Belastung durch die schweren Dieselmotoren nicht gewachsen. Die riesigen Fahrgastschiffe, haben die Beschädigung der Ufermauern z.T. mitverursacht. Die Schiffsschrauben verwirbeln das Wasser und die Ufermauern werden unterspült. Die emissionsträchtigen Dieselmotoren der Schiffe sind nicht Klimaschutz gerecht. Die Feinstaubnormen müssen auch für Dieselschiffe gelten. Die Abgase der Schiffe gefährden die Gesundheit der BürgerInnen und Bürger. Umweltfreundlich betriebene Fahrgastschiffe müssen massiv gefördert werden. Muskelkraft- und solar-/elektrisch betriebene Wasserfahrzeuge müssen die vorhandenen Anlegestellen gleichberechtigt nutzen können.

5. Einen durchgehenden "Grünen Hauptweg" (Wander-, Radweg) an Land

Wenn Sie Anregungen (z.B. Stichworte oder Fragen) für die Online-Diskussion geben wollen, können dieses Feld nutzen.

Stadtklima, Kaltluftschneise, integrierte Gesamtplanung der Sanierung, Landwehrkanal für alle, BI "Bäume am Landwehrkanal", LWK hat 1.457.724 Anwohnerinnen und Anwohner, "grüne Lunge" im Herzen der Hauptstadt, Modellprojekt könnte deutschlandweit und international Vorbildcharakter haben, Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung, dauerhafte Reinigung des Wassers, so dass das alljährliche Fischsterben im Kanal ein Ende findet, emissionsträchtigen Dieselmotoren der Schiffe sind nicht Klimaschutz gerecht, "Grüner Hauptweg", Die riesigen Fahrgastschiffe, haben die Beschädigung der Ufermauern z.T. mitverursacht



Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung • 11030 Berlin

Deutscher Bundestag
- Petitionsausschuss –
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Dr. Peter Runkel
Ministerialdirektor
Leiter der Abteilung Raumordnung,
Stadtentwicklung, Wohnen
HAUSANSCHRIFT Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
POSTANSCHRIFT 11030 Berlin
TEL 030 2008-6000
FAX 030 2008-6099
E-MAIL Peter.Runkel@bmvbs.bund.de
INTERNET www.bmvbs.de

BETREFF **Eingabe der Frau Anuschka Guttzeit, 10961 Berlin, vom 20.04.2009**

BEZUG Ihr Schreiben vom 07.05.2009 – Az.: Pet 1-16-12-94-053609
AZ SW 20- 42112.4.2
DATUM Berlin, 23. Juni 2009

Die Petentin regt die Durchführung eines vom Bund finanzierten Modellprojekts „Ökologische Sanierung Berliner Landwehrkanals“ an.

Zur Petition nehme ich wie folgt Stellung:

Im Sommer 2007 wurden zur Gefahrenabwehr am Landwehrkanal in Berlin mehrere Bäume nach dem Einsturz einer Ufermauer gefällt. In Berlin hat sich massiver Widerstand gegen die Fällung von Bäumen am Landwehrkanal gebildet. Durch die Initiierung eines Mediationsverfahrens ist es gelungen, zu einem konstruktiven Dialog zurück zu kehren. Gemeinsam wurden in dem Mediationsverfahren tragfähige Lösungen für eine zukunftsfähige Gestaltung erarbeitet. So werden z.B. seit November 2008 baumverträgliche, provisorische Sicherungsmaßnahmen durchgeführt. Für weitere Uferabschnitte ist die endgültige Sanierung im Pilotverfahren abgestimmt worden. Die Umsetzung durch die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung ist für Herbst 2009 vorgesehen.



Zu den von der Petentin im einzelnen aufgeführten Punkten nehme ich wie folgt Stellung:

zu 1.) Der im Mediationsverfahren entwickelte Vorschlag, ein integriertes städtebauliches Gesamtkonzept zu entwickeln, wurde seitens des Bundes aufgegriffen und an die zuständigen Behörden des Landes Berlin herangetragen. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung begrüßt - auch im vorliegenden Fall - grundsätzlich die Entwicklung gesamtstädtischer Konzepte. Eine abschließende Entscheidung des für die städtebauliche Planung zuständigen Landes Berlin steht zur Zeit noch aus.

Für die Sanierung der Uferwände des Landwehrkanals selbst, einer originären Aufgabe des Bundes, werden ausreichend Mittel aus dem Bundeshaushalt bereitgestellt. Im Mediationsforum ist für weitere Uferabschnitte die endgültige Sanierung im Pilotverfahren abgestimmt worden. Die Umsetzung durch die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung ist für Herbst 2009 vorgesehen. Für die Sanierung der weiteren Uferabschnitte ist das Variantenstudium noch nicht abgeschlossen.

zu 2.) Der Erhalt der Bäume und Ufervegetation ist sowohl bei der Gefahrenabwehr als auch bei der Sanierung des Landwehrkanals ein zentrales Anliegen. Statt der Fällung von Bäumen sind zur Gewährleistung der Verkehrssicherungspflicht die einsturzgefährdeten Ufermauern über mehrere Kilometer mit einem Bauzaun gesperrt und Bäume durch eine Rückverankerung mit Betonklötzen gesichert worden. Die Sanierungsalternativen werden auch mit Vertretern der Bürgerinnen und Bürger im Mediationsverfahren besprochen.

zu 3.) Die Reinhaltung der Gewässer (Gewässergüte) ist eine in die Zuständigkeit des Landes Berlin fallende Aufgabe.

zu 4.) Um einer weiteren Schädigung der Uferwände am Landwehrkanal entgegen zu wirken, wurde eine Geschwindigkeitsbegrenzung und Richtungsverkehr eingeführt. Die Bundesregierung bemüht sich im Rahmen der derzeitigen Überarbeitung der Abgas-Richtlinie 97/68/EG, zuletzt geändert durch RL 2004/26/EG um eine Weiterentwicklung der Abgasstandards auch für Binnenschiffe. Sie hat dazu bereits einen eigenen Vorschlag im Jahr 2005 eingebracht.



SEITE 3 VON 3

Ziel ist es, 2016 Standards zu erreichen, die denen der anderen Verkehrsträger entsprechen. Gemäß genannter Richtlinie dürfen heute nur noch Motoren eingebaut werden, die die Grenzwert Stufe IIIA dieser Richtlinie einhalten. Zudem hat die Bundesregierung bereits im April 2007 ein Förderprogramm in Kraft gesetzt, mit dem alte Motoren gegen emissionsärmere Motoren ausgetauscht werden können. Dieses Programm wurde im Mai 2009 nochmals zugunsten der Schifffahrt modifiziert. Dieses Programm gilt auch für die Fahrgastschifffahrt.

zu 5) Die Möglichkeiten, einen durchgehenden „Grünen Hauptweg“ an Land zu realisieren, sollten Gegenstand des in Aussicht genommenen Masterplans sein.

(Dr. Runkel)

Anlagen: Zweitschrift der Stellungnahme
Petitionsvorgang (Original)